

Bundesrätin  
Micheline Calmy-Rey



Connexio  
Netzwerk für Mission und Diakonie  
der Evangelisch-methodistischen Kirchen der Schweiz  
Badenerstrasse 69  
Postfach 1344  
8026 Zürich

Bern, 5. September 2006

### **Petition an den Bundesrat. "Armut ist nicht in einem Jahr besiegt"**

Sehr geehrte Damen und Herren

Seit einigen Monaten erhält der Bundesrat eine von Ihrer Organisation lancierte Petition in Form von Postkarten mit der Aufschrift "Armut ist nicht in einem Jahr besiegt". Für diese Initiative möchte ich Ihnen danken. Gerne übermittle ich Ihnen die Überlegungen des Bundesrates in Bezug auf Ihre Aufforderung, die schweizerische Entwicklungshilfe so rasch wie möglich auf 0,7 Prozent des Bruttoinlandproduktes zu erhöhen.

189 Staats- und Regierungschefs haben am Millenniumsgipfel der Vereinten Nationen im September 2000 die Millenniumsdeklaration und die -entwicklungsziele (MDG) vereinbart. Es wurden gemeinsame Zielvorgaben festgelegt, um die Armut weltweit bis 2015 zu halbieren und die Lebensbedingungen der Ärmsten zu verbessern. Bei dieser Gelegenheit haben die Geberländer festgehalten, bis zum Jahr 2015 0,7 Prozent (%) ihres Bruttonationaleinkommens (BNE) für öffentliche Entwicklungshilfe aufzuwenden. Die Geberländer haben diesen Zielwert im Rahmen der UN Konferenz über Entwicklungsfinanzierung in Monterrey im Jahr 2002 erneut bekräftigt.

Was die Erreichung der Zielmarke von 0,7 % anbelangt, zeigt sich international folgendes Bild: 2005 haben die 22 Mitgliedstaaten des Entwicklungshilfeausschusses (DAC) der Organisation für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (OECD) im Durchschnitt 0,47 % ihres BNE für die öffentliche Entwicklungshilfe (Aide publique au développement, APD) bereitgestellt. 2004 betrug der durchschnittliche Prozentsatz 0,42 %. Gemäss aktuellen Prognosen werden die 22 DAC-Mitgliedländer bis 2010 im Durchschnitt 0,58 % ihres BNE für die APD bereitstellen. Die 15 Mitgliedländer der Europäischen Union haben zur Erhöhung der APD einen Stufenplan festgelegt, der dahingehend, bis 2010 0,56 % und bis 2015 0,7 % des BNE für öffentliche Entwicklungshilfe aufzuwenden.

Gerne informiere ich Connexio darüber, welche Position die Schweiz bezüglich den erhöhten Aufwendungen für Entwicklungshilfe im Rahmen internationaler Konferenzen bislang kommuniziert hat.

- Bundespräsident Ogi hat am UN-Millenniumsgipfel 2000 erklärt, dass die Schweiz bis 2010 0,4 % des BNE für öffentliche Entwicklungshilfe aufwenden will.
- Bundesrat Deiss hat an der Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung in Monterrey im Jahre 2002 bestätigt, dass die Schweiz ihre APD bis 2010 auf 0,4 % des BNE erhöhen wird.
- Der Bundesrat hat am 18. Mai 2005 entschieden, den APD-Berechnungsmodus der Schweiz zu modifizieren. Die Schweiz hat sich der Gruppe von acht OECD-Ländern angeschlossen, welche die Kosten der Asylbewerber im ersten Aufenthaltsjahr ebenfalls als APD anrechnet. Mit der modifizierten Berechnung ist die öffentliche Entwicklungshilfe der Schweiz im Jahre 2004 von 0,37 % (2003) auf 0,41 % des BNE angestiegen.
- Der Bundesrat hat am 18. Mai 2005 ebenfalls die Prüfung der weiteren Entwicklung des APD-Volumens für die Periode ab 2009 beschlossen. Diese Position ist in dem vom Bundesrat im Mai veröffentlichten und der UNO übergebenen Bericht „Millenniumsentwicklungsziele - Zwischenbericht der Schweiz 2005“ explizit festgehalten.
- Im Rahmen des Millennium+5-Gipfels in New York vom September 2005 hat Bundespräsident Schmid diese Position folgendermassen kommuniziert: **„La Suisse envisage d'accroître donc, au-delà de 2008, le pourcentage qu'elle consacre à l'aide publique au développement de manière à augmenter sa part dans /es efforts internationaux en la matière.“**
- Am 17. März 2006 hat der Bundesrat die öffentliche Entwicklungshilfe der Schweiz für 2005 mit 0,44 % beziffert. Grund für die Steigerung sind hauptsächlich die Entschuldungsmassnahmen für Irak und Nigeria. Das Total der öffentlichen Entwicklungshilfe belief sich im Jahr 2005 auf 2'201 Mio. CHF (2004: 1'921 Mio. CHF), was einer nominellen Steigerung von rund 15 % entspricht. Die Schweiz rangiert damit auf Platz 11 der 22 OECD-Länder.

Was die Entwicklung der APD betrifft, bleibt festzuhalten, dass in den kommenden Jahren die Entschuldungsmassnahmen stark zurückgehen und die Kosten für Asylbewerber sinken werden, womit die APD-Zielmarke voraussichtlich leicht unter 0,4 % fallen könnte. Um das APD-Ziel zu halten oder anzuheben ist eine Aufstockung des Budgets für die Entwicklungszusammenarbeit unausweichlich. Die Erreichung des 0,7 %-Ziels würde schätzungsweise ein jährliches, durchschnittliches Wachstum der APD von rund 12 % erfordern (Basis: Finanzplan 2008 vom 5. Juli 2006), was angesichts der angespannten Budgetsituation und bundesrätlichen Wachstumsvorgaben unrealistisch ist.

Der Bundesrat wird die Diskussion über die Zielmarke der öffentlichen Entwicklungshilfe der Schweiz spätestens im Zusammenhang mit der neuen Botschaft zur Weiterführung der technischen Zusammenarbeit und der Finanzhilfe zu Gunsten von Entwicklungsländern (2008-2011) führen. Die Erarbeitung dieser Botschaft, welche dem Parlament 2007108 unterbreitet wird, bewegt sich im Spannungsfeld zwischen Budgetrestriktionen, politischen Prioritätensetzungen und internationalen Erwartungen.

Ich hoffe, Ihnen mit diesen Ausführungen dienen zu können.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in dark ink, consisting of several fluid, overlapping strokes that form a stylized representation of the name Micheline Calmy-Rey.

Micheline Calmy-Rey

Kopie an:

- 'Chancelleriefédérale, Section des droits politiques